



Waffenimporte und Raubökonomien als konfliktverschärfende Faktoren im kongolesischen Bürgerkrieg

Wolf-Christian Paes

Mai 2004

Die Demokratische Republik Kongo (ehemals Zaire) kommt nicht zur Ruhe, seit dem Sturz des Regimes von Joseph-Desiré Mobuto vor fast einem Jahrzehnt wird das Land von der Größe Westeuropas von einem blutigen Bürgerkrieg erschüttert. International gilt der Kongokrieg als das Paradebeispiel für das Abgleiten eines gescheiterten Staates in eine bewaffnete Auseinandersetzung, die von Außenstehenden kaum verstanden und daher gerne als irrationaler ethnischer Konflikt gewertet wird. Dieser Faktor (und seit dem 11.09.2001 auch der Feldzug gegen den internationalen Terrorismus) erklärt auch die Zurückhaltung der internationalen Gemeinschaft bei der Suche nach einer tragfähigen Friedenslösung für den Kongo. Seit dem Ende des Kalten Krieges und angesichts der geostrategischen Marginalisierung Zentralafrikas ist die Bereitschaft in den Industrienationen zu einem „afrikanischen Abenteuer“ gering, worüber auch die regional-begrenzte und wenig nachhaltige französische Intervention im Ostkongo im Sommer des vergangenen Jahres nicht hinwegtäuschen kann. Der aktuelle, unter südafrikanischer Vermittlung zu Stande gekommene Friedensprozess, leidet daher auch unter der zahnlosen UN-Friedenstruppe MONUC, deren geringe Truppenstärke es kaum erlaubt, die bewaffneten Gruppen zu entwaffnen.

1. Gewaltökonomie und Weltmarkt

Dabei ist der kongolesische Bürgerkrieg keinesfalls so irrational, wie manche Beobachter meinen. So vermischen sich bei den vielen kongolesischen und internationalen Akteuren machtpolitische und wirtschaftliche Interessen. So waren etwa die Intervention Ugandas und Ruandas auf Rebellenseite ursprünglich durch das nachvollziehbare Interesse motiviert, die erneute Entstehung von Unsicher-

heitszonen im Ostkongo zu verhindern und auch die Entsendung angolischer Truppen zur Stärkung der Regierungsseite diente dazu, Rückzugsräume der UNITA auf kongolesischem Territorium zu eliminieren. Mit zunehmender Kriegsdauer dominiert jedoch das Profitstreben, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen zur Refinanzierung der Kriegskosten wird zur lukrativen Einkommensquelle der militärischen Eliten. Friedenslösungen werden dadurch erschwert, das die „Gewaltunternehmer“ auf allen Seiten ihre

Einkommensquellen nicht verlieren wollen. Auf das Kriegsgeschehen hat diese ökonomische Dimension des Konflikts einen direkten Einfluss – die Parteien scheuen die direkte Auseinandersetzung mit dem Gegner und setzen auf die Kontrolle von Bergwerken, Produktionsstätten und Handelswegen. Im Gegensatz zum ersten Kongokrieg (1996-97) gibt es kaum substantielle Geländegewinne, es dominieren Überfälle und kleinere Scharmützel. Unter dieser „low-intensity“ Kriegsführung leidet besonders die Zivilbevölkerung, Hilfsorganisationen schätzen, dass mehr als drei Millionen Menschen zum Opfer der direkten und indirekten Kriegsfolgen geworden sind. Die Menschen im Kongo wurden zum Spielball der bewaffneten Gruppen. Wo kein Staat mehr die öffentliche Ordnung gewährleistet, wird persönliche Sicherheit zum handelbaren Gut. Der Staat ist in weiten Teilen des Kongos kaum noch funktionsfähig, öffentliche Dienstleistungen wie Schulen und Krankenhäuser existieren nur noch auf Privatinitiative und sind überwiegend auf ausländische Hilfsgelder angewiesen.

Dabei findet der kongolesische Bürgerkrieg keinesfalls isoliert von der Weltwirtschaft statt. Die kriegsführenden Gruppen kaufen weltweit Waffen und Munition, wobei das notwendige Kapital aus dem Erlös der im eigenen Herrschaftsgebiet erbeuteten Rohstoffe finanziert wird. Ohne die weltweite Nachfrage nach Edelhölzern, Diamanten und anderen seltenen Rohstoffen wäre ein lange anhaltender Konflikt im Kongo ebenso wenig denkbar, wie ohne den Nachschub an Kriegsgerät. Diese Schnittstelle zwischen Gewaltökonomie und Weltmarkt bietet andererseits auch Kontrollmöglichkeiten zur Eindämmung des Kriegs.

2. Kleinwaffen – die „Massenvernichtungswaffen“ des kleinen Mannes¹

Bei der Diskussion von Konflikten in den Ländern des Südens ist in den vergangenen Jahren das Kleinwaffenproblem immer stärker in den Vordergrund getreten. Tatsächlich gehört die unkontrollierte Verbreitung von Kleinwaffen zu den wichtigsten Herausforderungen für die internationale Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die Definition von kleinen und leichten Waffen umfasst Schusswaffen, die von einer bzw. maximal zwei Personen transportiert und eingesetzt werden können (Pistolen, Gewehre, Mörser). Kleinwaffen sind ideal für die nicht-staatlichen Konflikte und sind die bevorzugte Waffe sowohl von Kriminellen, als auch von politisch motivierten Gruppen. Auch wenn sie in der Vergangenheit im Hintergrund standen, da sie – im Gegensatz etwa zu atomaren, biologischen und chemischen („ABC“-) Waffen – nicht das Potenzial haben, Tausende von Menschen in wenigen Minuten umzubringen, so sind Kleinwaffen trotzdem die „Massenvernichtungswaffen des Kleinen Mannes“. Die in Genf herausgegebene Publikation Small Arms Survey schätzt, dass Jahr für Jahr mindestens eine halbe Million Menschen durch Kleinwaffen zu Tode kommt, die Anzahl der Verletzten und der mittelbar zu Schaden gekommenen Menschen (etwa Waisen) dürfte noch um ein Vielfaches höher liegen. Etwa 90 Prozent aller Kriegsoffer gehen auf das Konto von Kleinwaffen, dazu kommen noch Hunderttausende, die alljährlich Opfer von Verbrechen oder von staatlicher Verfolgung unter Einsatz von Kleinwaffen werden. Auch das Internationale Komitee des Roten

¹ Vgl. auch Paes, W. Ch., "Kleinwaffen - Eine Bedrohung für die "dritte" Welt", Aachen 2002 (Miseo-reor).

Kreuzes verweist auf die verheerende Wirkung von Kleinwaffen auf die Zivilbevölkerung – während etwa zehn Prozent der zivilen Opfer auf Landminen und „nur“ fünf Prozent auf Großwaffensysteme entfallen, sind Kleinwaffen für den Großteil der Toten und Verletzten verantwortlich. Keine ande-

re Waffenart, weder Panzer, Geschütze noch Flugzeuge – und sicher nicht die zuvor genannten ABC-Waffen, die insbesondere durch ihre apokalyptische Wirkung die Öffentlichkeit beschäftigen – bringt es weltweit auf eine ähnlich schreckliche Bilanz.

Tote und verletzte Zivilisten bezogen auf Waffentypen:

Schätzungen für 41 Konfliktgebiete der neunziger Jahre

Waffentypen	Prozentualer Anteil
Gewehre	63
Artillerie, Mörser	10
Handfeuerwaffen (Pistolen, Revolver)	10
Landminen	10
Großwaffensysteme (Panzer, Flugzeuge etc.)	5
Handgranaten	2

Quelle: Internationales Komitee vom Roten Kreuz

Kleinwaffen sind perfekt für bewaffnete Konflikte in den Ländern des Südens, die selten von regulären Armeen nach den Regeln des Völkerrechtes entlang von klar definierten Frontlinien ausgefochten werden. In aller Regel handelt es sich heute um kleine bewaffnete Haufen ohne Zugang zu Transportmitteln und ohne ausgefeilte Logistik, die zu ihrer Versorgung auf die Ausbeutung der von ihnen kontrollierten Gebiete angewiesen sind. In vielen Bürgerkriegen in Afrika gibt es kaum noch eine zentrale Kontrolle und Koordination von Kampfhandlungen, die Grenzen zwischen Regierungstruppen, Guerilleros und gemeinen Banditen verschwimmen zunehmend. Hier wird Waffenbesitz zu einer Frage des Überlebens, die Kalaschnikow wird zum Produktionsmittel in der privatisierten Kriegsführung.

Diese neue Form der Kriegsführung bleibt nicht ohne Einfluss auf die verwendeten Waffensysteme. Komplexe Waffensysteme, wie etwa Panzer, Artillerie oder Luftfahrzeuge, sind unter diesen Bedingungen weder zu bezahlen noch ohne qualifiziertes Personal sowie Zugang zu Ersatzteilen und

Treibstoff einzusetzen. Kleinwaffen hingegen, wie etwa das populäre

Sturmgewehr Kalaschnikow (AK-47), sind auch unter primitiven Einsatzbedingungen wirkungsvoll nutzbar. Der amerikanische Wissenschaftler Michael Klare nannte den „männlichen Jugendlichen, ausgestattet mit einem Kalaschnikow Sturmgewehr“ das „gefährlichste Waffensystem der heutigen Epoche“. Tatsächlich genügt schon ein wenig Training, um mit Kleinwaffen umzugehen, und es gibt eine Reihe von Fällen, in denen selbst zehnjährige Kinder an Sturmgewehren geschult und später als „Kindersoldaten“ missbraucht wurden. Die Wirkung von automatischen Waffen ist dabei ausgesprochen einschüchternd und verheerend: es ist durchaus möglich die Bevölkerung eines ganzen Dorfes durch eine Gruppe von mit Kleinwaffen ausgerüsteten Kämpfern auszulöschen.

Kleinwaffen haben eine Reihe von Eigenschaften, die sie zur ersten Wahl für bewaffnete Gruppen weltweit machen:

Kleinwaffen sind in den meisten Regionen der Welt leicht verfügbar.

Schätzungen gehen davon aus, dass es mehr als 640 Millionen Kleinwaffen weltweit gibt, davon etwa 125 Millionen Sturmgewehre. Von dieser Zahl sind ungefähr 40 Prozent im Besitz von Streitkräften und ca. 56 Prozent im legalen Besitz von Privatleuten. Die große Mehrzahl der Waffen in privater Hand befindet sich in den Vereinigten Staaten von Amerika, die ein ausgesprochen freizügiges Waffenrecht als Bürgerrecht verstehen. Nur ein relativ kleiner Teil der weltweiten Waffen ist Eigentum von bewaffneten Gruppen oder Kriminellen, doch die hohe Gesamtzahl führt dazu, dass es ihnen nicht an Nachschub mangelt.

Kleinwaffen sind günstig zu erwerben und damit auch für "ärmere" Rebellenbewegungen erschwinglich. Die Kosten für ein Sturmgewehr vom Typ AK-47 Kalaschnikow variieren dabei je nach Region und Angebotssituation sehr stark. In Äthiopien kostete eine Kalaschnikow im Mai 1999 etwa den Gegenwert von 25 Euro, in Uganda entsprach der Waffenwert angeblich dem Marktpreis einer Ziege.

Kleinwaffen sind stabil und leicht zu pflegen. Es ist durchaus nicht unüblich, dass in Konfliktregionen Waffen aus vergangenen Kriegen auftauchen. So sind etwa chinesische und russische AK-47 sowie amerikanische M16 Sturmgewehre aus der Zeit des Vietnamkrieges immer noch in Südostasien im Umlauf, während in den Balkankriegen Infanteriegewehre aus dem zweiten Weltkrieg eingesetzt wurden.

Kleinwaffen sind leicht und können relativ einfach transportiert werden. Dieser Aspekt ist insbesondere für Guerillakämpfer von großer Bedeutung, die abseits von Straßen und ohne Transportmittel operieren. Gleichzeitig erlaubt das relativ geringe Gewicht von Kleinwaffen den Schmuggel über nationale Grenzen.

Diese Kombination von Eigenschaften macht Kleinwaffen einerseits zur bevorzugten Waffen von bewaffneten Gruppen weltweit und gleichzeitig zu einer ernstesten Herausforderung für die internationale Politik.

3. Händler des Todes – der internationale Waffenhandel

Die Mehrzahl der in den Entwicklungsländern zirkulierenden Waffen stammt aus der Zeit des Kalten Krieges. Vor dem Hintergrund des ideologischen Wettstreites zwischen den Systemen bemühten sich beide Seiten, Regierungen und Rebellenbewegungen in den Ländern des Südens aufzurüsten. So gaben die Vereinigten Staaten allein im Zeitraum zwischen 1950 und 1975 mehr als zwei Millionen Gewehre an Bündnispartner ab. Neben der „offiziellen“ Rüstungshilfe für befreundete Regierungen wurden Waffen auch an Guerillaorganisationen abgegeben – etwa an die nicaraguanischen Contras oder die afghanischen Mujahedin. Ähnliche Entwicklungen gab es auch im Einflussbereich des Warschauer Paktes, wo das russische Schnellfeuerge-
weh vom Typ Kalaschnikow im Zeitalter der anti-kolonialen Befreiungskriege seinen Siegeszug antrat – noch heute "schmückt" eine Kalaschnikow die Fahne Mosambiks und die Staatswappen von sechs weiteren Staaten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges veränderte sich die geostrategische Situation grundlegend und die Großmächte zogen sich weitgehend aus der militärischen Unterstützung für Kriegsparteien in den Ländern des Südens zurück. Dies führte in einigen Fällen, etwa in Mittelamerika, in Kambodscha, aber auch in Mosambik, zu einem Abflauen der Konflikte. Der internationale Waffenhandel wurde zunehmend privatisiert: waren es zuvor meist staatliche Stellen, die Waffen an Regierungen oder Befreiungsbewegungen lieferten, wuchs nun die Rolle privater

Waffenhändler. Während des Kalten Krieges existierte diese Gruppe von Individuen ebenfalls, aber sie wickelten den Großteil ihrer Transaktionen nicht auf eigene Rechnung, sondern für Regierungen und deren Geheimdienste ab, die nicht direkt mit dem "schmutzigen Geschäft" des Waffenhandels in Verbindung gebracht werden wollten. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation blieben viele Zwischenhändler ihrer Profession treu und nutzten ihre bestehenden Beziehungen zu Produzenten, Geheimdiensten und Transportgesellschaften, um ihre Geschäfte nun selbstständig abzuwickeln. Die Rolle dieser Zwischenhändler, die ihre Büros häufig in den Industriestaaten und ihre Konten in "Steuerparadiesen" unterhalten, kann gar nicht hoch genug bewertet werden. Sie nutzen ihre vielfältigen Kontakte, um sensible Geschäfte möglich zu machen. Paradoxerweise funktionieren ihre Geschäfte am besten in Konflikten, bei denen ein Waffenembargo gegen eine oder mehrere Kriegsparteien verhängt wurde. Sobald sich eine Regierung oder Befreiungsbewegung nicht mehr selbst auf dem internationalen Waffenmarkt eindecken kann, benötigt sie die Unterstützung eines Waffenhändlers, der geeignete Waffen auf dem "grauen" Markt identifiziert, die Verhandlungen mit dem Verkäufer führt, möglicherweise für gefälschte Endverbraucher-nachweise sorgt sowie sich um den Transport der Ware in die Krisenregion und um die Abwicklung der Bezahlung kümmert. Eine Reihe von Faktoren begünstigt dieses Geschäft:

- Seit dem Ende des Kalten Krieges sind Millionen von Waffen auf beiden Seiten überflüssig geworden. Während die Regierungen Westeuropas nur in Ausnahmefällen Waffen an private Händler verkauft haben, lag die Hemmschwelle in den Übergangsgesellschaften Mittel- und Osteuropas deutlich niedriger. Folgerichtig kamen

in den neunziger Jahren sehr viele gebrauchte Kleinwaffen aus Staaten wie Russland, der Ukraine, Moldawien, Bulgarien und Rumänien auf den Markt. Die Erweiterung der NATO nach Osten führte dabei zu einem weiteren Verkaufsdruck, da sich die neuen Mitgliedsstaaten um eine Anpassung ihrer Waffensysteme an die NATO-Standards bemühen.

- Das nachlassende Interesse der Großmächte an Konflikten in den Entwicklungsländern war mit einem Abbau der militärischen und nachrichtendienstlichen Präsenz in diesen Regionen verbunden. Dadurch ist es kaum noch möglich, Waffenembargos international effektiv zu überwachen, zumal die direkten Nachbarstaaten häufig weder die notwendigen Ressourcen noch den politischen Willen haben, Sanktionen gegen die Konfliktparteien durchzusetzen.

- Die Deregulierung und Privatisierung der zivilen Luftfahrt ermöglicht es auch Privatleuten ein Transportflugzeug mit Crew zu chartern und zum Transport von Waffen und Munition zu verwenden. Häufig stammen Flugzeuge und Piloten ebenso wie die transportierten Waffen aus den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes, wo der wirtschaftliche Zusammenbruch in den neunziger Jahren viele Piloten und Flugzeuge arbeitslos gemacht hat.

- Moderne Kommunikationstechnologien und die Globalisierung der Weltwirtschaft begünstigen den Waffenhandel ebenso wie andere Wirtschaftsbereiche. Heute ist es für Waffenhändler, aber auch für Rebellenführer in Afrika möglich, große Geldbeträge und Warenlieferungen per Satellitentelefon weltweit zu dirigieren.

Waffenhändler nutzen die Lücken in der nationalen und internationalen Gesetzgebung geschickt aus. So sind in den meisten Staaten – die Europäische Union bildet hier seit wenigen

Jahre eine Ausnahme – Waffengeschäfte nicht illegal, wenn die Waren nicht das Staatsgebiet berühren. Das bedeutet in der Praxis, dass es völlig legal sein kann, ein Geschäft zwischen einer bulgarischen Rüstungsfirma und einer kongolesischen Rebellenbewegung zu vermitteln und den Transport der Waffen zu organisieren, so lange die Waffen nicht über das Heimatland des Waffenhändler transportiert werden. Auch die lückenhafte Luftraumüberwachung in weiten Teilen Afrikas und Asiens ermöglicht es den Transportflugzeugen der Waffenhändler „ungeplante“ Zwischenstopps in den Konfliktregionen einzulegen. So ist es etwa möglich, einen Flugplan für die Strecke Südafrika – Sambia abzugeben und eine Zwischenlandung im Süden Angolas zur Versorgung der UNITA Rebellen einzulegen, ohne dass dies den Behörden bekannt wird, da es weder eine Radarüberwachung des angolischen Luftraumes noch einen regelmäßigen Datenaustausch zwischen den Luftfahrtbehörden der beteiligten Länder gibt.

Auch die Kriegsparteien im Kongo haben sich der Dienste von Zwischenhändlern bedient, um die Versorgung mit Waffen und Munition sicherzustellen. So wurde in Südafrika ein belgischer Waffenhändler verhaftet, der 8000 alte M-16 Sturmgewehre aus amerikanischer Produktion an die kongolesische Regierung verkaufen wollte. Eine weitere wichtige Quelle für Nachschubgüter ist die Firma Zimbabwe Defence Industries, die bereits während des ersten Kongokriegs Munition, Uniformen und andere Ausrüstungsgüter an den damaligen Rebellenführer (und späteren Präsidenten) Laurent-Desiré Kabila lieferten. Während die kongolesische Regierung heute keinem Waffenembargo unterliegt und daher, ebenso wie die verbündeten Mächte Angola, Namibia und Simbabwe relativ ungehindert auf den regiona-

len Märkten einkaufen kann, sind die Rebellenbewegungen auf verschlungeneren Wege für ihren Nachschub angewiesen. Diese verliefen im Regelfall über die jeweiligen „Schutzmächte“ Uganda bzw. Ruanda. So bezog die ugandische Regierung in den neunziger Jahren Waffen unter anderem aus Nordkorea, Weißrussland, Israel und Südafrika und man darf davon ausgehen, dass ein Teil dieser Waffen seinen Weg in den Kongo gefunden hat.

Im Fall des Kongos wird der internationale Waffenhandel auch dadurch begünstigt, dass zu keinem Zeitpunkt ein internationales Waffenembargo bestand. Zwar existierten UN-Sanktionen gegen die (auch im Kongo involvierten) angolischen UNITA-Rebellen sowie gegen die ruandischen Hutu-Extremisten der Interahamwe, aber weder gegen die Regierung in Kinshasa, noch gegen die Rebellen und ihre Unterstützer in Uganda und Ruanda. Lediglich gegen Simbabwe wurde im Jahr 2000 ein Waffenembargo durch die Europäische Union verhängt und dieses war wahrscheinlich eher eine Folge der repressiven Innenpolitik der simbabwischen Regierung und nicht so sehr ein Ergebnis des Kongokriegs. Aber selbst wo internationale Sanktionen bestehen, können diese relativ leicht umgangen werden. Internationale Waffenhändler benötigen in diesen Fällen lediglich ein „Endnutzertifikat“ aus einem unverdächtigen Drittstaat, in dem jener erklärt, die bestellten Waffen seien für die eigenen Streitkräfte bestimmt. Diese Zertifikate werden entweder gefälscht oder aber von korrupten Beamten der betreffenden Staaten ausgestellt.

Finanzierung des Waffenhandels

Die Finanzierung von Waffen- und Munitionslieferungen erfolgt dabei zumeist durch die Ausplünderung von Ressourcen, die in der Konfliktregion auch unter Kriegsbedingungen abgebaut

werden können. Im Fall des kongolesischen Bürgerkriegs wurde diese Dimension des Konflikts durch eine UN-Kommission beleuchtet und dokumentiert. Zu den wichtigsten Einkommensquellen der Kriegsparteien gehören:

- Der Export von mineralischen Rohstoffen, darunter Diamanten, Coltan und Kupfer. Diese werden im Fall der Rebellenbewegungen im Regelfall über befreundete Staaten auf den Weltmarkt gebracht. So vervielfachte sich das Exportvolumen von Ruanda und Uganda, obwohl keine neuen Fördergebiete erschlossen wurden gegen Ende der neunziger Jahre. Auch weiter entfernte Staaten, wie etwa die Vereinigten Arabischen Emirate, die eine wichtige Drehscheibe für Transporte von und nach Ostafrika darstellen, exportierten vermehrt Diamanten nach Europa.
- Die Nutzung von agrarischen und forstwirtschaftlichen Produkten, darunter Edelhölzer und Kaffee. Im Gegensatz zu mineralischen Rohstoffen sind hier die Gewinnmargen niedriger, aber trotzdem spielen diese Güter eine wichtige Rolle bei der Kriegsfinanzierung. Auch hier exportieren die Rebellenbewegungen zumeist über Ruanda und Uganda.
- Die Kontrolle von regionalen Märkten und Transportwegen bildet eine weitere Einkommensquelle. Während die bewaffneten Gruppen einerseits Handel und Produktion „besteuern“, verschaffen sie sich andererseits selbst Monopole auf bestimmte Güter. So kontrollierten etwa ruandische und ugandische Militärs die Versorgung mit elektrischen Gütern, wie Fernsehern und Kühlschränken im Ostkongo.
- Eine weitere Einkommensquelle ist die Abzweigung bzw. Besteuerung von humanitärer Hilfe. Keine Hilfsorganisation ist in der Lage in einem Gebiet ohne die Einwilligung der örtlichen

Kriegsherren zu arbeiten, wofür sich diese oftmals bezahlen lassen.

Bei diesen Geschäften unterscheiden sich Rebellenbewegungen kaum von den Soldaten der Regierung – reguläre, wie auch irreguläre Truppen sind darauf angewiesen, durch wirtschaftliche Aktivitäten ihr Überleben zu sichern. Im Fall der simbabwischen Truppen geschah dies etwa durch gemeinsame Unternehmen mit der kongolesischen Regierung mit dem Ziel Diamanten- und Kupferminen im rohstoffreichen Süden des Landes auszubeuten. Dies geschieht mit der Billigung der Regierungen in Kinshasa und in Harare, die in der Ausbeutung von Rohstoffen eine Möglichkeit sehen, die enormen Kosten der Intervention wieder einzuspielen. Weniger offenkundig ist das wirtschaftliche Interesse Ruandas und Burundis – der Bericht der UN-Kommission nennt eine Reihe von Unternehmen und Individuen mit Verbindungen bis in die höchsten Regierungskreise.

Eine Reihe von Unternehmern kassieren dabei gleich mehrfach, so transportieren private Fluggesellschaften aus Ostafrika Soldaten, Waffen, aber auch Konsumgüter in den Ostkongo. Auf dem Rückweg werden dann Gold, Diamanten oder Coltan mitgenommen, die über Kigali und Entebbe dann als ihren Weg auf die Weltmärkte finden.

Diese Gemengelage aus vielschichtigen, teils illegalen Finanzierungsquellen und ebenfalls schwer durchschaubaren Marktstrukturen macht eine Kontrolle des Waffenhandels und die Abrüstung dieses tödlichen Geschäftsfeldes äußerst schwierig. Waffen sind ein weltweit vagabundierendes Handelsgut, das unkontrolliert von einem Markt zum nächsten strömt. Dieser Handel kennt weder Landesgrenzen noch Statistiken.

Ausblick

Auch nach dem formellen Ende der Kriegshandlungen und dem Abzug der meisten ausländischen Truppen vom kongolesischen Staatsgebiet bleibt abzuwarten, ob der Kongokonflikt tatsächlich sein Ende gefunden hat. Bislang sind umfassende Entwaffnungen der verschiedenen Parteien ausgeblieben und die UN-Friedenstruppe MONUC ist aufgrund ihrer geringen Personalstärke kaum in der Lage, den Friedensprozess flächendeckend zu überwachen. Es bleibt abzuwarten, ob die Zentralregierung tatsächlich stark genug ist, die lokalen Kriegsherren zu entwaffnen und zur Aufgabe ihrer lukrativen Einnahmequellen zu zwingen.

Zum Autor:

Wolf Christin Paes arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter zu den Themen Kleinwaffenproliferation und Ökonomie von Konflikten am Internationalen Konversionszentrum Bonn (BICC).

Ansprechpartner:

Axel Schmidt, Tel.: 0228-883 592
Axel.Schmidt@fes.de

Julia Schartz, Tel: 0228-883 591
Julia.Schartz@fes.de

Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Afrika
Godesberger Allee 149
53170 Bonn
Fax: 0228-883 623

